

 PARTEIENMONITOR AKTUELL

**Positionen der europäischen Parteien
EVP, SPE, EGP, EL, ALDE
zur Europawahl 2014**

**Nico Lange
Franziska Fislage
Philipp Mai**

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3550
michael.borchard@kas.de

Nico Lange
Stv. Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung und
Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996-3594
nico.lange@kas.de

Inhalt

1. Haltung zur EU, Institutionen und Erweiterung	3
2. Finanzpolitik und Haltung zum Euro	5
3. Wirtschaftspolitik und Grundfreiheiten	7
4. Außenpolitik: GASP, GSVP und Entwicklungspolitik	9
5. Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Jugendpolitik	11
6. Umwelt- und Energiepolitik.....	13
7. Asyl- und Integrationspolitik	14
8. Rechtspolitik und Datenschutz/Verbraucherschutz	15
9. Netzpolitik / Digitale Kultur.....	17
10. Quellen	18

1. Haltung zur EU, Institutionen und Erweiterung

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Mehr Zurückhaltung bei der EU-Erweiterung: Erfüllung politischer und wirtschaftlicher Kriterien sowie Wahrung der Handlungsfähigkeit und Identität der EU als Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten</p> <p>Kommission soll darauf hinarbeiten, die Zahl der Legislativvorschläge zu reduzieren</p> <p>Kommission sollte eine Überwachungsfunktion übernehmen um eine übermäßige Regulierung und Zentralisierung zu vermeiden</p> <p>Gegen zentralisiertes Europa, welches das Leben des Einzelnen bis ins kleinste Detail reglementiert</p> <p>Gewichtigere Rolle Europas bei großen Herausforderungen, Zurückhaltung in anderen Bereichen im Verantwortungsbereich der Staaten</p>	<p>Unterstützung der EU-Erweiterung mit Bedingung der ausreichenden Garantie von Grundrechten und Gewährleistung europäischer Werte</p> <p>Erhalt der prominenten Rolle des Europäischen Parlamentes mit seinen legislativen, Haushalts- und Kontrollrechten</p> <p>Vollständige Beteiligung und Kontrollmöglichkeiten der Bürger, der Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Akteure am demokratischen Prozess</p> <p>Treffen von Entscheidungen auf der richtigen Ebene im Interesse der Bürger, sei dies lokal, regional, national oder europäisch</p>	<p>Für die Erweiterung der EU</p> <p>Demokratische Erneuerung der EU notwendig</p> <p>Europa ändern, um es stärker zu machen</p> <p>EU zurzeit als eine Herausforderung aufgrund von Frustration, Angst und Wut</p> <p>EU-Parlament soll eine stärkere Rolle bei Entscheidungsfindungen haben</p> <p>Die EU-Institutionen sollen die Menschenrechte sowohl in der Außen- als auch in der Handelspolitik etablieren</p> <p>Parlament mit Initiativrecht</p> <p>Mehr Partizipationsmöglichkeiten der EU-Bürger</p> <p>Für einen neuen demokratischen Konvent mit starker parlamentarischer und zivilgesellschaftlicher Beteiligung</p> <p>Subsidiaritätsprinzip wahren</p>	<p>Ein soziales, ökologisch nachhaltiges, demokratisches und soziales Europa kann nicht auf den bestehenden EU-Verträgen aufgebaut werden. Europa muss umstrukturiert werden, um die Macht zu den Bürgern und Arbeitern zu verschieben.</p> <p>Ausstieg aus dem Vertrag von Lissabon, der zu Austerität führt und den Bürgern ihre Souveränität nimmt</p> <p>Rückübertragung des Haushaltsrechts auf die nationalen Parlamente, die zusätzlich am europäischen Willensbildungsprozess beteiligt werden sollen</p> <p>Stärkung des Einflusses des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente als Gegengewicht zur EU-Kommission</p> <p>Infragestellung des Gesetzesinitiativrechts einzig für die Europäische Kommission</p>	<p>EU-Erweiterung als wesentliches Instrument der Außen- und Sicherheitspolitik</p> <p>EU muss stärker, einfacher und demokratischer sein</p> <p>Kommission: Verringerung der Ressorts</p> <p>Nur einen Sitz des EU-Parlaments</p> <p>Stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente am Entscheidungsprozess</p> <p>Mehr Transparenz bei Verhandlungen und Abstimmungen im Rat</p> <p>Einberufung eines Konvents wird unterstützt, um die demokratische Entwicklung der EU voranzutreiben</p> <p>Grundsätze der Subsidiarität noch weiter stärken</p>

<p>Subsidiaritätsprinzip soll gewährleisten, dass Probleme möglichst bürgernah gelöst werden</p>			<p>Harmonisierung der Wahlsysteme zum Europäischen Parlament hin zu einem reinen Verhältniswahlsystem</p> <p>Vereinfachung des Verfahrens der Europäischen Bürgerinitiative</p> <p>Einführung EU-weiter Referenden zu wichtigen europäischen Themen, zeitnah angewandt bei dem gegenwärtigen Freihandelsabkommen mit den USA</p>	<p>Jährlicher Subsidiaritätscheck, damit Grundsätze der Subsidiarität eingehalten werden</p>
--	--	--	--	--

2. Finanzpolitik und Haltung zum Euro

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Mehr öffentliche Ausgaben sind keine Lösung</p> <p>Wachstumsfreundliche Haushaltskonsolidierung sowie Regulierung der Finanzmärkte zur Vorbeugung zukünftiger Krisen</p> <p>Beschneidung unproduktiver Ausgaben den Steuererhöhungen vorziehen</p> <p>Kommission braucht wirksame Instrumente zur Einhaltung von Haushalts- und Steuerdisziplin / Umsetzung von Sanktionen muss verbessert werden</p> <p>Verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung und weitere Koordinierung von Haushalts- und Steuerpolitik in Erwägung ziehen</p> <p>Reformierung der Finanzmärkte und einheitliche Standards für europäische Banken</p>	<p>Ablehnung einer ausschließlich auf Sparmaßnahmen basierenden Politik</p> <p>Staatsschulden in Europa mit neuen Instrumenten bewältigen</p> <p>Schaffung eines anderen Modells im Rahmen der EU-Verträge nach dem Ende der Troika-Missionen; strenge Überwachung öffentlicher Ausgaben und Bekämpfung von Verschwendung</p> <p>Schaffung finanzieller Spielräume für Investitionen aus den nationalen Haushalten; Schwerpunkt auf Innovation, Forschung, Ausbildung und intelligenter Reindustrialisierung</p> <p>Echte Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik im Euroraum, dabei umfassende demokratische Kontrolle durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente</p>	<p>Gegen Austeritätspolitik</p> <p>Macht des Finanzmarktes bändigen</p> <p>Für einen Finanzsektor, der der Gesellschaft dient und hilft, nachhaltige Investitionen zu mobilisieren</p> <p>Finanzielle Nachhaltigkeit</p> <p>Strengere Kontrollen für die Trennung von Bankaktivitäten in solche, die der Gesellschaft und der Realwirtschaft nützen, und solchen, die ihnen schaden</p> <p>Für Eurobonds um die Nachhaltigkeit der Finanzen zu sichern</p> <p>Erhöhung des EU-Budgets</p> <p>Einführung einer europäischen Bankenunion</p> <p>Einführung einer Finanztransaktionssteuer</p>	<p>Auflösung des Fiskalpakts und ähnlicher Maßnahmen</p> <p>Einführung einer europäischen Steuer auf große Vermögen zur Finanzierung eines Europäischen Wiederaufbauplans</p> <p>Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa</p> <p>Demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank</p> <p>Einsatz der EZB zur Finanzierung von Arbeitsmarktprogrammen und öffentlichen Dienstleistungen auf nationaler und europäischer Ebene</p> <p>Eine direkte Staatsfinanzierung durch die EZB würde Spekulationen gegen verschuldete Staaten unterbinden.</p> <p>Verstaatlichung und demokratische Kontrolle von Banken, die einer Rekapitalisie-</p>	<p>Für Haushaltsdisziplin, die fahrlässiges Verhalten verhindert und die wirtschaftliche Anreize für gesunde öffentliche Finanzen nicht verringert</p> <p>Für eine umfangreiche Reform des Finanzsystems, um sicherzustellen, dass kein Land unverhältnismäßig viel beiträgt</p> <p>Für die Einführung eines günstigen Finanz- und Steuerrahmens zur Förderung von Unternehmensgründungen</p> <p>Verschwenderische Subventionen abschaffen</p> <p>EU-Strukturfonds für die Schaffung von Arbeitsplätzen einsetzen sowie auf mehr Innovation ausrichten</p> <p>Kriterien des Stabilitätspaktes müssen sowohl von EU als auch deren Mitgliedstaaten eingehalten werden</p>

<p>Bessere Regulierung der Finanzmärkte auf europäischer Ebene</p> <p>Übermäßige Boni sind unakzeptabel</p> <p>Regelungen zu Bankerboni durch die Mitgliedstaaten müssen unverzüglich umgesetzt werden</p> <p>Euro als starke Währung, die politische Stabilität gewährleistet und internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert</p>	<p>Weitere Regulierung des Bankensektors, Einschränkung von Finanzspekulationen und stärkere Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking</p> <p>Begrenzung der Boni von Bankern</p> <p>Beschleunigte Einführung einer Finanztransaktionssteuer</p> <p>Schaffung einer unabhängigen und öffentlichen europäischen Ratingagentur</p> <p>Aufbau einer stabilen Bankenunion zum Schutz der Bürger und zur Gewährung eines fairen Zugangs zu Krediten</p>		<p>rung durch staatliche Mittel bedürfen</p> <p>Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking</p> <p>Abschaffung des Bankgeheimnisses, das große Vermögen und Steuervermeidung begünstigt</p> <p>Einführung einer Finanztransaktionssteuer</p>	<p>Für die rasche Umsetzung einer Bankenunion mit einer gemeinsamen Rechtsgrundlage für Bankenaufsicht und -abwicklung</p> <p>Einen gemeinsamen Mechanismus für die Abwicklung insolventer Banken einführen</p> <p>Bessere Kontrollverfahren und mehr automatische Sanktionen bei einem Verstoß gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt einführen</p> <p>Währungsunion nur möglich, wenn Solidarität Hand in Hand mit starker haushaltspolitischer Verantwortung geht</p> <p>Verwaltungsbudget kürzen</p>
--	--	--	--	--

3. Wirtschaftspolitik und Grundfreiheiten

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Notwendigkeit struktureller Reformen, um Europas Attraktivität für private Investitionen zu steigern, die neues und nachhaltiges Wachstum und Arbeitsplätze mit sich bringen</p> <p>Stärkung der industriellen Basis, sodass Industrieaktivität am BIP in der EU bis 2020 auf 20% erhöht wird</p> <p>Schaffung von Bedingungen zur Stärkung kleinerer/mittlerer Unternehmen, Familienunternehmen und Existenzgründern, in Form der Finanzierung von Forschung und Entwicklung und eines besseren Zugangs zu Krediten</p> <p>Prinzip der sozialen Marktwirtschaft als Eckpfeiler der EU-Wirtschaftspolitik</p> <p>freier Personenverkehr als eine der bedeutendsten Errungenschaften der Gemeinschaft und</p>	<p>EU soll nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern eine echte Sozialunion sein</p> <p>Bindung aller Handelsabkommen (auch des derzeit mit den USA verhandelten) an den Schutz der Menschenrechte, soziale Rechte, gute Arbeit, Umweltstandards, Schutz der Kultur, soziale Verantwortung der Unternehmen und Grundsätze des fairen Handels</p> <p>Anerkennung der Freizügigkeit als Recht und Gründungsprinzip der EU, gleichzeitige Bekämpfung von Betrug und Missbrauch</p>	<p>Europäische Wirtschaft soll zum Gewinner von Energie und Ressourceneffizienz werden</p> <p>Wirtschaft hin zur Ökoeffizienz transformieren (New Green Deal)</p> <p>Für faire ökonomische Kooperation in der Wirtschaft</p> <p>Gegen TTIP in seiner jetzigen Form; mehr Transparenz bei den Verhandlungen</p> <p>EU-Markt für weniger entwickelte Länder öffnen</p> <p>Handelspolitik soll nachhaltige industrielle Wiedergeburt unterstützen</p> <p>Stärkung von Gewerkschaften</p>	<p>Schaffung einer öffentlichen europäischen Investitionsbank, die im Gegensatz zum ESM Mittel nach sozialen und nachhaltigen Kriterien vergibt und aufgrund einer Finanzierung durch die EZB unabhängig von den Finanzmärkten wäre</p> <p>öffentliche und demokratische Kontrolle über Schlüsselindustrien</p> <p>Maßnahmen gegen Produktionsverlagerungen ins nicht-europäische Ausland: Besteuerung der Wiedereinfuhr und entsprechender Transportwege</p> <p>Streichung von Subventionen an Firmen, die trotz Gewinnen Personal abbauen; Ausrichtung der Subventionsvergabe an sozialen und ökologischen Gesichtspunkten</p> <p>Wiedereinführung von Zöllen auf Im- und Exporte, die lokale Märkte destabilisieren, um die Wiederansiedlung</p>	<p>Für Wettbewerb</p> <p>Handelshemmnisse beseitigen</p> <p>Wirksame Marktregulierung</p> <p>Gegen Protektionismus und staatliche Einmischung</p> <p>Vollendung und Erweiterung des Binnenmarktes</p> <p>Gewährleistung und Erleichterung der Arbeitnehmerfreizügigkeit</p> <p>Leichter Zugang zu Finanzhilfen für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), da sie die treibende Kraft für Europas Wohlstand sind</p> <p>Neue, innovative Unternehmen in Europa unterstützen</p> <p>Einsatz für rasche Umsetzung der TTIP</p> <p>Freihandelsabkommen mit anderen Wirtschaftsregionen anstreben</p>

<p>als Erleichterung für Unternehmen zur Rekrutierung geeigneter Fachkräfte</p> <p>gleichzeitige Bekämpfung von Sozialbetrug: Zahlung von Sozialleistungen für EU-Bürger nur bei vorangegangener Erwerbstätigkeit in dem betreffenden Mitgliedsstaat</p> <p>Begrüßung der Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit den USA, solange dieses die hohen europäischen Standards schützt und grundlegende Bestandteile der europäischen Identität gewahrt bleiben</p>			<p>von Produktionsstätten zu finanzieren</p> <p>Stopp von Produktion und Import von Biokraftstoffen</p> <p>Stopp der Verhandlungen über ein transatlantisches Freihandelsabkommen</p>	<p>Andere Schwerpunktsetzung im nächsten EU-Budget, Reform der EU-Agrarpolitik hin zu mehr Markt und mehr Effizienz</p>
--	--	--	---	---

4. Außenpolitik: GASP, GSVP und Entwicklungspolitik

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Vertretung gemeinsamer Werte und Interessen in der Welt bei gleichzeitigem Respekt der Vielfalt und unterschiedlicher Traditionen der Mitgliedsstaaten</p> <p>Stärkung der Kapazitäten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, um Europa als globalen Akteur aufzustellen, u.a. .a. durch Bündelung der militärischer Ressourcen und der Kapazitäten der Mitgliedstaaten</p> <p>Wiederbelebung der Östlichen Partnerschaft, u.a. durch stärkere Rolle der EU zur Beilegung von Konflikten</p> <p>Fokus auf Zivilgesellschaft und jungen Generationen verstärken</p> <p>Differenzierung zwischen den Ländern je nach Reformeifer</p> <p>Erarbeitung neuer Strategien und</p>	<p>Notwendigkeit des Agierens der EU als globaler Akteur</p> <p>Übernahme einer weltweiten Führungsrolle bei der Förderung von Frieden, Demokratie und Wohlstand</p> <p>Stärkung der gemeinsamen Bemühungen im Bereich der Verteidigung, der Entwicklung, des Handels und der Demokratieförderung</p> <p>Bemühung um engere Zusammenarbeit mit Nicht-EU-Staaten bei der Verteidigung</p> <p>Weitere Unterstützung der Östlichen Partnerschaft</p> <p>Förderung enger Beziehungen mit der Mittelmeerregion</p> <p>Bekämpfung globaler Ungleichheit und Armut durch verstärkte Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik</p>	<p>Die EU soll eine wichtige internationale Rolle spielen</p> <p>Eine wertorientierte gemeinsame Außenpolitik schaffen</p> <p>Rolle der UN stärken und erneuern</p> <p>Polizei und juristische Kooperation verbessern</p> <p>Durch Finanzierungen in den Entwicklungsländern den Klimawandel abschwächen und Klimaanpassungsprojekte verstärken</p> <p>Waffenexport stoppen</p>	<p>Vorläufige Aufhebung des EU/Israel-Assoziierungsabkommens; Einsatz für die Souveränität des palästinensischen Volkes</p> <p>Sofortiger Austritt der EU-Mitgliedsstaaten aus der NATO, Abbau der NATO-Basen in Europa, Auflösung der NATO</p> <p>Keine Beteiligung der EU an Präventivkriegen und humanitären Interventionen ohne UN-Resolution</p> <p>Reduktion der Rüstungsausgaben in allen EU-Mitgliedsstaaten</p> <p>Achtung der Rechte der kurdischen Minderheit als Bedingung für einen möglichen EU-Beitritt der Türkei</p>	<p>Europa wird sich zukünftig mehr auf seine eigenen militärischen Mittel und Sicherheitsressourcen verlassen müssen</p> <p>Gemeinsame Nutzung bestehender Kapazitäten nötig</p> <p>Engere Zusammenarbeit zwischen EU und NATO</p> <p>Unterstützen den Schwerpunkt auf Menschenrechte in der EU-Außenpolitik</p> <p>Zusätzlicher europäischer Sitz im UN-Sicherheitsrat</p> <p>Zusammenschluss der Euro-Staaten zu einer eigenen Stimmenrechtsgruppe im IWF</p>

<p>eines Plans für die Länder des südlichen Mittelmeerraumes</p> <p>Ausbau des starken transatlantischen Bündnisses: gemeinsame globale Führungsrolle</p> <p>Reform der europäischen Entwicklungspolitik zur Stärkung von Effizienz, Verantwortung und Nachhaltigkeit auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft und mit dem Ziel der Armutsbekämpfung</p>	<p>Millenniumentwicklungsziele erreichen und Post-2015-Agenda zum Erfolg machen</p> <p>Stärkere Bekämpfung des Menschenhandels</p>			
--	--	--	--	--

5. Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Jugendpolitik

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Schaffung von Arbeitsplätzen durch Reform der Arbeitsmärkte und gleichzeitiger Investitionen</p> <p>Die national eingeführten Mindestlöhne werden unterstützt</p> <p>Verbesserung der europäischen Koordination bei Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Arbeitssuche für Arbeitslose</p> <p>Durchführbarkeit und Umsetzung erfolgreicher nationaler Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit prüfen</p> <p>Mobilität am Arbeitsmarkt fördern, sowie verbesserte Mobilität für Studenten, Forscher sowie Mobilitätsprogramm für Jungunternehmer unterstützen</p> <p>Förderung von Bildung als Grundvoraussetzung für Wachstum</p>	<p>Schutz der Arbeitnehmerrechte, insbesondere „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und besserer Schutz für Arbeitnehmer, die in andere Länder entsandt werden (Überarbeitung der Entsenderichtlinie)</p> <p>Einführung von Mindestlöhnen in ganz Europa, die entweder durch Gesetz oder Tarifverhandlungen festgelegt werden</p> <p>Stärkung der Gewerkschaftsrechte</p> <p>Unterstützung der Mitgliedsstaaten bei der Umverteilung von Reichtum und Chancen durch die EU</p> <p>Vollständige Umsetzung der „Jugendgarantie“; Erhöhung der Mittel und Ausweitung auf alle Jugendlichen unter 30 Jahren</p> <p>Festschreibung verbindlicher sozialpolitischer Ziele für Beschäftigung, Bildung und sozialen Zusammenhalt</p>	<p>Für ein sozialeres Europa: gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit; Gesundheitssysteme und Bildung verbessern</p> <p>Gegen Sozialdumping, Null-Stunden-Verträge, unterbezahlte Jobs und unfaire Praktika</p> <p>Minimum an Sozialstandards einführen in Abstimmung mit nationalen Bedingungen und Arbeitsmarktmodellen</p> <p>Einführung einer Europäischen Sozialkarte zur besseren Übertragbarkeit von Sozialleistungen</p> <p>Europäische Jugendgarantie ausreichend fördern</p> <p>Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen</p> <p>Für gemeinsame Bildungsprojekte</p>	<p>Reduzierung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, auch im Zuge der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit</p> <p>Vetorecht der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter in den Gremien von Firmen zu spekulativen Projekten, Restrukturierung und Standortverlagerung</p> <p>Ausweitung des Streikrechts für privat und öffentlich Beschäftigte, auch zu politischen Zwecken</p> <p>Wiederherstellung und Stärkung von Tarifverträgen</p> <p>Lohnerhöhungen in der gesamten EU</p> <p>Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen</p> <p>Schrittweise Einführung eines europäischen Mindestlohns, der entweder durch Gesetz oder Tarifverhandlungen festgelegt wird, angepasst an die Lebenshal-</p>	<p>Chancen durch Beschäftigung, Bildung und Ausbildung besser aufzeigen</p> <p>Für eine problemlose Anerkennung von Lehrabschlüssen und Universitätsdiplomen</p> <p>Förderung von grenzüberschreitender dualer Ausbildung</p> <p>Größere Mobilität für Studierende, Akademiker und Forscher</p>

<p>Forschung und Innovation, insbesondere Hochschulen und Exzellenzzentren fördern</p> <p>Koordination zwischen Bildungssystem und Arbeitsplätzen verbessern</p> <p>Europaweite Anerkennung von Qualifikationen</p> <p>Hochschulabschlüssen in allen EU-Mitgliedstaaten anerkennen</p> <p>Für ein europäisches Rahmenwerk für Bildungsstandards</p> <p>Universelles EU-Diplom einführen, das Studenten EU-weit uneingeschränkte Freizügigkeit einräumt</p> <p>Stärkung der Frauenrechte</p> <p>Umfassende Reform der Rentensysteme um Aktives Altern zu fördern</p> <p>Für eine aktive Familienpolitik, z.B. Unterstützung für Familien in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes</p>	<p>(Schaffung einer Sozialunion)</p> <p>Garantie, Förderung und Stärkung der Frauenrechte und der Gleichberechtigung der Geschlechter</p> <p>Verbindliche Verpflichtung zur Abschaffung des Gender Pay Gap und der Ungleichheit bei Rentenbezügen</p> <p>Förderung der Wahlfreiheit von Frauen und Schutz ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte</p>		<p>tungskosten des jeweiligen Mitgliedsstaates</p> <p>Einsatz für gänzlich säkulare und staatlich finanzierte Bildungssysteme; Unabhängigkeit von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen</p> <p>Vereinheitlichung der Dauer der Schulpflicht Gegen Erhöhungen des Renteneintrittsalters</p> <p>Stärkung der öffentlichen Rentenversicherungen, Zurückdrängung privater Rentenfonds</p>	
---	--	--	---	--

6. Umwelt- und Energiepolitik

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Bekämpfung des Klimawandels durch eine effizientere Nutzung von Energien und Investitionen in erneuerbare Energien</p> <p>Erhalt der europäischen Industrie über bezahlbare Energiepreise</p> <p>Vollendung des Binnenmarktes für Energie</p> <p>Investitionen in kohlenstoffarme Technologien</p>	<p>Anstrengungen für weltweite Führungsrolle beim Umweltschutz und bei der Bekämpfung des Klimawandels</p> <p>Unterstützung umweltschonender Technologien und Produktion</p> <p>Einsatz für weitergehende verbindliche Zielwerte für die Senkung von Treibhausgasemissionen, verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien und Verbesserung der Energieeffizienz</p> <p>Bekämpfung von Energiearmut und Mindestzugang zu Energie für alle</p> <p>Veränderung bisheriger Produktions-, Konsum- und Mobilitätsmodelle zugunsten des Umweltschutzes</p> <p>Einführung von Projekt-Bonds zur Finanzierung von Investitionen in die Grüne Wirtschaft, in erneuerbare Energien und erneuerbare Technik</p>	<p>Für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Nuklearenergie auslaufen lassen</p> <p>Emissionshandel bis 2020 um 20-30% im Vergleich zu 1990 reduzieren</p> <p>Einsatz gegen Schiefergas (Fracking)</p> <p>European Renewable Energy Community gründen, um Neigung zu fossilen Energieträgern zu beenden</p> <p>Energieverbrauch um 40% reduzieren</p> <p>Biodiversität schützen</p> <p>Umweltverträglichkeit in allen Bereichen anstreben</p>	<p>Verstärkter Einsatz für Energiesparen</p> <p>Übergang zur Versorgung hauptsächlich durch erneuerbare Energien</p> <p>Einsatz für eine effektive Besteuerung von Kohlenstoffemissionen</p>	<p>Weniger abhängig von Energieimporten werden</p> <p>Für ein funktionierendes Emissionshandelssystem zur Verringerung von CO₂ - Emissionen einsetzen</p> <p>Stärkung des einheitlichen Energiemarktes</p> <p>Für eine stärkere Nutzung erneuerbarer Energieträger</p> <p>Investitionen in ein EU-weites Stromnetz</p>

7. Asyl- und Integrationspolitik

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Enge Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten beim Schutz der EU-Außengrenzen zur Wahrung der inneren Sicherheit</p> <p>Verstärkung der gemeinsamen Grenzschutzagentur Frontex und effektive Zusammenarbeit mit den Grenz- und Zollbehörden von Drittstaaten</p> <p>Garantie eines adäquaten Schutzes für Opfer politischer und religiöser Verfolgung</p> <p>Ausbau der Integrationspolitik für Migranten in die europäische Gesellschaft; Integration als Prozess mit Rechten und Pflichten auf beiden Seiten</p> <p>Schaffung eines gemeinsamen Asylsystems vorantreiben</p> <p>Programme zur freiwilligen Rückübernahme entwickeln</p>	<p>Bereitstellung ausreichender Ressourcen und Stärkung der Solidarität bei der Migrations- und Asylpolitik</p> <p>Stärkung einer effektiven Integrations- und Partizipationspolitik sowie effektive Unterstützung der Herkunftsländer von Migranten</p>	<p>Stärkere Bemühungen, um ein Asylsystem zu entwickeln</p> <p>Bessere Koordination bei der Seenotrettung</p> <p>Für legale und sichere Wege der Einreise, z.B. durch humanitäres Visum</p> <p>Dublin-Regelung abschaffen</p> <p>EU Joint Resettlement Programme und Förderung der Notfallaussiedlung für Flüchtlinge, die humanitäre Krisen befürchten</p>	<p>Abschaffung der unmenschlichen und ineffektiven Grenzschutzagentur Frontex, gegen eine „Festung Europa“</p>	<p>Zukünftig weiter daran arbeiten, dass Asylbewerber durch Neuansiedlung und humanitäre Visa auf sicherem und legalem Weg in die EU gelangen</p> <p>System zur Vermeidung illegaler Migration durchsetzen</p>

8. Rechtspolitik und Datenschutz/Verbraucherschutz

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Ermittlung und Beschlagnahme von durch Straftaten erlangten Vermögenswerten</p> <p>Verstärkter Kampf gegen das organisierte Verbrechen, insbesondere gegen Korruption und Geldwäsche</p> <p>Stärkere polizeiliche / justizielle Zusammenarbeit zur Verbrechensprävention</p> <p>Verabschiedung eines Lustratingsgesetzes, um Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen postkommunistischen Ländern zu gewährleisten</p> <p>Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft</p> <p>Europäischen Untersuchungsbeschluss wird befürwortet</p> <p>Stärkung des Datenschutzes und der Rechte des Einzelnen auf Privatsphäre als unantastbares Grundrecht</p>	<p>Kampf gegen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung (die sich jährlich auf 1 Billion EUR beläuft), Steueroasen und den Steuersenkungswettbewerb</p> <p>Garantie des Rechts auf Sicherheit durch Förderung der Zusammenarbeit im Kampf gegen das organisierte und grenzüberschreitende Verbrechen</p> <p>Strengere Regeln beim Verbraucherschutz und größere Macht der Verbraucher</p> <p>Garantie eines umfassenden Zugangs zum Internet</p> <p>Schaffung einer umfassenden europäischen Gesetzgebung zum Schutz personenbezogener Daten und des Zugangs zu Informationen</p> <p>Richtiges Gleichgewicht zwischen Datenschutz, Freiheit und Sicherheit finden</p>	<p>Gegen Steuerhinterziehung</p> <p>Demokratie vor Korruption schützen</p> <p>Gegen Privatisierung öffentlicher Güter</p> <p>Schutz persönlicher Daten</p> <p>Recht auf Privatsphäre</p> <p>Persönliche Freiheiten dürfen trotz nationaler Sicherheit nicht außer Kraft gesetzt werden</p>	<p>verstärkter Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen innerhalb und außerhalb der EU</p> <p>Gegen Privatisierung von Gesundheitsdienstleistungen und Ausbau des öffentlichen Gesundheitssektors</p> <p>Keine Privatisierung der Grundversorgung (z.B. Wasser und Energie)</p> <p>Einsatz für den Schutz der Bürger gegen die Spähangriffe der USA</p>	<p>Explizites Bekenntnis zu Steuerwettbewerb, aber stärkeres Vorgehen gegen Steuerumgehung und Steuerhinterziehung nötig</p> <p>Gemeinsame Cybersicherheitspolitik anstreben</p> <p>Europa soll beim Datenschutz eine Vorreiterrolle einnehmen</p> <p>Zugang zu privaten Daten sollte immer Gegenstand eines ordentlichen Gerichtsverfahrens sein</p>

Gleichgewicht zwischen Schutz persönlicher Daten und Gewährleistung des freien Datenflusses				
--	--	--	--	--

9. Netzpolitik / Digitale Kultur

Europäische Volkspartei (EVP)	Sozialdemokratische Partei Europas (SPE)	Europäische Grüne Partei (EGP)	Europäische Linke (EL)	Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE)
<p>Für einen digitalen Binnenmarkt</p> <p>Erarbeitung einer Digitalen Agenda für Wachstum und Arbeitsplätze: Verbreitung von und Zugang zu Breitbandtechnologien, e-Commerce, digitale Inklusion, grenzübergreifende öffentliche Dienste, e-Learning sowie Forschung und Innovation</p> <p>EVP investiert in Bildung, Forschung und Technologie für Innovation, neue Ideen und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die auf Wissen und neuen digitalen Diensten gründet</p> <p>Europäische Cloud-Strategie ist für die Verwirklichung des digitalen Binnenmarkts von zentraler Bedeutung</p> <p>Europa muss sich auf den digitalen Analphabetismus konzentrieren und eine stärkere Verknüpfung zwischen Bildung, neuen Technologien und Innovation herstellen</p>	<p>Die EU muss sich an neue Herausforderungen anpassen, insbesondere in Bezug auf die Digitale Agenda, und den umfassenden Zugang zum Internet garantieren</p>	<p>Für Rechte, die die Grundfreiheiten im digitalen Zeitalter schützen</p> <p>Schutz des Internets vor allgegenwärtiger vereinigter und staatlicher Überwachung</p> <p>Für strikte Netzneutralität</p>	<p>n.a.</p>	<p>Einheitlichen Markt der digitalen Wirtschaft erleichtern, die für Arbeitsplätze wesentlich ist</p> <p>Für einen zunehmend schnelleren Internetzugang, das offene Internet, Netzneutralität und einen echten Telekommunikationsbinnenmarkt</p>

10. Quellen

Europäische Volkspartei (EVP):

<http://dublin2014.epp.eu/wp-content/uploads/2014/03/Manifesto-with-cover-DE.pdf> (19.03.2014)

Europäische Volkspartei - EVP Aktionsprogramm

<http://dublin2014.epp.eu/wp-content/uploads/2014/03/Action-programme-with-cover-DE.pdf> (04.04.2014)

Sozialdemokratische Partei Europas (SPE):

http://www.pes.eu/sites/www.pes.org/files/pes_manifesto_-_adopted_by_the_pes_election_congress_de.pdf (19.03.2014)

Europäische Grüne Partei (EGP):

<http://europeangreens.eu/sites/europeangreens.eu/files/EGP%20Common%20Manifesto%20FINAL.pdf> (19.03.2014)

Europäische Linke (EL):

http://www.european-left.org/sites/default/files/programe_en.pdf (19.03.2014)

Allianz der Liberalen und Demokraten in Europa (ALDE):

http://www.aldeparty.eu/sites/elldr/files/events/10301/alde_manifesto_german.pdf (19.03.2014)

Beschlusslage der Wahlprogramme:

EVP: Beschluss vom 7. März 2014

SPE: Beschluss vom 1. März 2014

EGP: Beschluss vom 22. Februar 2014

ALDE: Beschluss vom 30. November 2013

EL: „Programmatische Plattform“ vom 15. Dezember 2013 als Grundlage für ein (noch nicht existentes) gesamteuropäisches Programm und nationale Wahlprogramme